



151/2010

Kiel, 6. September 2010

Themen der Plenarsitzung: Landeshaushalt und Wahlgesetz

Kiel (SHL) – Zu seiner nächsten Tagung kommt der Landtag ab Mittwoch, 8. September, 10:00 Uhr, im Plenarsaal in Kiel zusammen. Zum Auftakt der dreitägigen Sitzung geht es um den schleswig-holsteinischen Landeshaushalt. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter www.sh-landtag.de aufgerufen werden.

Mittwoch, 8. September 2010, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 4 Gesetzentwurf über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer, Zweite Lesung, Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/590), Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (Drs. 17/664)

TOP 6 , Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 17/740)

TOP 7 Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 17/741)

TOP 41 Antrag zu „Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern“, Antrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/588neu), Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/647), Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (Drs. 17/826),

TOP 48 Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2010 bis 2014, Bericht der Landesregierung (Drs. 17/803),
geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 280 Minuten.

Der Landtag debattiert in Erster Lesung den stark umstrittenen Sparhaushalt für die kommenden beiden Jahre, den die Landesregierung vorgelegt hat. Zudem geht es um den Finanzplan des Landes für die Zeit nach 2012. Nach intensiven Ausschussberatungen ist die endgültige Verabschiedung des Zahlenwerkes für die Dezember-Tagung geplant. Außerdem stehen zwei Vorschläge der Grünen und der Linken für Steuererhöhungen vor der Ablehnung.

Doppelhaushalt: Die Landesregierung will mit dem Etat ihr Ziel umsetzen, das strukturelle Defizit von derzeit 1,25 Milliarden Euro um 125 Millionen Euro jährlich zu reduzieren um bis 2020 ohne neue Schulden auszukommen. Das sieht die Schuldenbremse des Grundgesetzes vor, die seit kurzem auch in der Landesverfassung steht. Dies werde ohne „tiefe Einschnitte“ und „schmerzhafte Entscheidungen“ nicht möglich sein, heißt es aus der Regierung. Der vorgesehene Abbau-pfad des strukturellen Defizits werde mit 960 Millionen Euro (zulässig: 1.125 Millionen Euro) im Jahr 2011 und 933 Millionen Euro (zulässig: 1.000 Millionen Euro) in 2012 deutlich unterschritten, heißt es weiter. Dem strukturellen Defizit müsse der konjunkturelle Fehlbetrag hinzugerechnet werden. So betrage die reale Neuverschuldung 1,63 Milliarden Euro in 2011 und 1,35 Milliarden Euro in 2012. Nach wie vor seien die Altschulden das größte Problem des Landeshaushaltes. Die Zinslasten werden im Jahr 2012 auf 1,14 Milliarden Euro anwachsen.

Um die Sparvorgabe zu erfüllen, will die Landesregierung bis 2020 insgesamt rund 5.300 Stellen im Landesdienst abbauen. Davon entfallen knapp 900 Stellen auf die beiden Haushaltsjahre 2011 und 2012. Dennoch werde das Budget für Personal und Verwaltung von derzeit 3,77 Milliarden Euro auf 3,88 Milliarden Euro im Jahr 2011 und 3,93 Milliarden Euro im Jahr 2012 steigen. Ein Grund sind die steigenden Pensionslasten. Das Budget für Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionen soll von derzeit 3,44 Milliarden Euro auf 3,29 Milliarden Euro im nächsten Jahr und 3,11 Milliarden Euro im Jahr darauf gesenkt.

Trotz der Konsolidierungsanstrengungen will die Landesregierung „klare politische Schwerpunkte“ in den Bereichen Bildung (inklusive frühkindlicher Bildung), Forschung und Infrastruktur setzen, für die mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Um das Land „zukunfts-fähig“ zu machen, sei es aber auch notwendig, die Einnahmen zu verbessern. Die Oppositionsfraktionen SPD, Grüne, Linke und SSW haben im Vorfeld der Ersten Lesung des Haushaltes mehrfach deutlich gemacht, dass sie die Sparvorgaben der Landesregierung in Teilen strikt ablehnen und haben stattdessen teils eigene Sparkonzepte vorgelegt.

TOP 8 und 38 Gesetzentwurf zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und Rundfunkgebühren-Staatsvertrag, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 17/744), Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/488), Änderungsantrag der Fraktion B 90/Die Grünen (Drs. 17/548), Änderungsantrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/556), Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/558), Be-

**richt und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. 17/781),
geplanter Aufruf 15:40 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten**

Der Jugendschutz im Internet soll durch ein einheitliches Kennzeichnungssystem für Web-Seiten ausgeweitet werden. Das sieht der 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vor, den die Ministerpräsidenten der Bundesländer im Juni in Berlin unterzeichnet haben. Nun müssen die Landesparlamente das Abkommen ratifizieren, damit es wie geplant zum 1. Januar 2011 in Kraft treten kann.

TOP 12 Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 17/794), geplanter Aufruf 16:15 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Im vergangenen Jahr hatten die Studenten bundesweit gegen den Leistungsdruck in den neuen Bachelor- und Master-Studiengängen protestiert. Nun reagiert das Wissenschaftsministerium auf die „zum Teil berechtigten Proteste der Studierenden“ und legt dem Landtag eine Entschärfung des Hochschulgesetzes vor. Damit wird das seit März 2007 geltende Gesetz in wesentlichen Punkten umgeschrieben. So soll es unter anderem künftig weniger Prüfungen geben. Bislang muss nach jeder Veranstaltung eine Prüfung abgelegt werden. In Zukunft soll es dagegen nur noch eine Prüfung pro Modul geben - für einen Themenschwerpunkt, der pro Semester mehrere Veranstaltungen umfasst. Der Weg von der beruflichen in die akademische Ausbildung soll zudem erleichtert werden: Besonders guten Bachelor-Absolventen von Fachhochschulen ermöglicht die Gesetzesnovelle in Zukunft auch ohne einen Masterabschluss den direkten Weg zur Promotion.

TOP 14 und 51 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ladenöffnungszeitengesetzes und Bericht zur Bäderverordnung, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/806), Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/479), geplanter Aufruf 16:50 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Im April hat das Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern die dortige sehr liberale Regelung zur Sonntagsöffnung von Läden und Geschäften gekippt. Nun debattiert der Landtag über die Konsequenzen für Schleswig-Holstein. Die Landesregierung wird einen mündlichen Bericht zum Thema vorlegen, und die Grünen präsentieren bereits einen eigenen Gesetzentwurf, der die Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen im Lande strenger als bisher regelt. In Schleswig-Holstein gilt in insgesamt 72 Kur- und Tourismusorten die so genannte Bäderverordnung. Hier dürfen Geschäfte vom 1. Januar bis zum 31. Oktober sowie vom 15. bis zum 31. Dezember sonntags von 11 bis 19 Uhr öffnen. Ausnahmen gibt es nur an Feiertagen. In diesem Jahr bedeutet das: An 46 Sonntagen kann eingekauft werden. Diesen Zeitraum wollen die Grünen nun enger fassen: Sie fordern, die Sonntagsöffnung auf die Zeit vom 29. Dezember bis 2. Januar sowie vom 15. März bis 31. Oktober zu begrenzen. Das wären in diesem Jahr 33 Sonntage.

TOP 15 Das Archivwesen in Schleswig-Holstein, Große Anfrage der Fraktion des SSW (Drs. 17/32), Antwort der Landesregierung (Drs. 17/616), geplanter Aufruf 17:25 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

In Schleswig-Holstein besitzen zwar 129 Kommunen ein eigenes Archiv. Dennoch fehlen im Lande insgesamt 56 Kreis-, Stadt-, Amts- und Gemeindearchive. Das teilt die Regierung in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage des SSW mit. Obwohl die Kommunen seit dem Jahr 2000 durch das Landesarchivgesetz „zur fachgerechten Archivierung ihrer Unterlagen in eigener Verantwortung“ verpflichtet sind, gebe das Gesetz der Landesregierung keine Handhabe, die Archivierungspflicht durchzusetzen. Die Oppositionsfraktion kritisiert, dass „in den letzten zehn Jahren massiv bei den Archiven gespart wurde“. Die Regierung erklärt hingegen, dass es aufgrund der finanziellen Haushaltslage „unrealistisch“ sei, mehr Mitarbeiter im Landesarchiv in Schleswig sowie in den Kommunalarchiven einzustellen.

Donnerstag, 9. September 2010, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 36A Landeswahlgesetz, Dringlichkeitsantrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/830), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten.

Der Aufruf des Tagesordnungspunktes erfolgt, sofern die Dringlichkeit des Antrages bejaht wird.

Die Tagesordnung einer Landtagssitzung steht zehn Tage vor Tagungsbeginn fest. Ein Beratungsgegenstand, der nicht auf der Tagesordnung steht, kann nur dann kurzfristig eingeschoben werden, wenn das Plenum die Dringlichkeit feststellt. Dazu sind zwei Drittel der abgegebenen Stimmen nötig. Gleichzeitig mit der Abstimmung über die Dringlichkeit wird die Einordnung des Gegenstandes in die Tagesordnung vorgenommen.

TOP 46 Fünf Jahre Hartz IV - eine Bilanz für Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/393), Bericht der Landesregierung (Drs. 17/785), geplanter Aufruf 10:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Auch fünf Jahre nach ihrer Einführung gilt die sogenannte Grundsicherung für Arbeitssuchende – im allgemeinen Sprachgebrauch auch als „Hartz IV“ bezeichnet – immer noch als Stigma und Zeichen des sozialen Abstiegs. Sie werde „viel zu wenig als das soziale Netz verstanden, das Menschen auffängt, die aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können.“ Das beklagt das Sozialministerium in seinem Bericht „Fünf Jahre Hartz IV – Eine Bilanz für Schleswig-Holstein“. Als Grund wird die „oft noch nicht optimale Betreuung der Hilfesuchenden durch die Arbeitsgemeinschaften und die zugelassenen kommunalen Träger“ genannt. Diese ergebe sich in erster Linie aus den zahlreichen Änderungen des Gesetzes und der dazu gehörigen Rechtsverordnungen in den vergangenen Jahren sowie der damit verbundenen „allgemein hohen Erfolgsquote in Gerichtsverfahren.“ So habe sich

die Anzahl der „Hartz IV“-Verfahren seit 2005 von 2.872 auf 6.749 im Jahr 2009 erhöht.

TOP 16 Die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein unterstützen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/592), geplanter Aufruf 11:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die SPD fordert eine bessere Unterstützung für die Europaschulen im Lande. So soll ein spezielles Europa-Referendariat in der Lehrerausbildung eingeführt werden, zu dem auch ein Aufenthalt in einer Partnerschule im Ausland gehören soll. Europaschulen sollen bei der Zuteilung von Fremdsprachenassistenten bevorzugt werden sowie Reisekostenzuschüsse erhalten. Das Konzept der Europaschule gibt es im Lande seit 1996. Inzwischen haben 28 Grund- und Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Berufliche Schulen diesen Status. Ziel der Europaschulen ist es nach Angaben der Landesregierung, Schüler und Auszubildende fit zu machen für das Leben und Arbeiten in Europa.

TOP 17 Auslandseinsätze der Bundeswehr, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/607), geplanter Aufruf 11:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Bundesregierung soll nach Auffassung der Linken darlegen, welche der momentan elf Auslandseinsätze der Bundeswehr „durch Mandate international autorisierter Organisationen gedeckt sind“ und welche aus wirtschaftlichen Interessen verfolgt werden. Anlass für den Antrag ist die Aussage des zurückgetretenen Bundespräsidenten Horst Köhler aus dem Frühjahr. Dieser hatte in einem Interview Auslandseinsätze deutscher Soldaten auch mit der Wahrung von Handelsinteressen begründet. Die Linken argumentieren nun, dass es Artikel 26 des Grundgesetzes widerspreche, den „wirtschaftlichen Nutzen für einzelne Handelsunternehmen durch Militäreinsätze zu mehren“.

TOP 18 Landesentwicklungsplan, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/663), Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/726), Änderungsantrag der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/817), geplanter Aufruf 12:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der Landtag debattiert erneut über den neuen Landesentwicklungsplan (LEP), den das Kabinett im Juli endgültig beschlossen hat. Während die Koalitionsfraktionen die Raumplanung für die nächsten 15 Jahre begrüßen, kommt von den Grünen Kritik. CDU und FDP sind der Auffassung der neue LEP sichere einen „fairen Ausgleich der Interessen des städtischen und ländlichen Bereichs“. Sie loben insbesondere die Spielräume für die Kommunen, etwa bei der Ausweisung von Bauland und Gewerbegebieten. Die Grünen monieren dagegen die zu „vagen“ Vorgaben. Hiermit sei keine Entwicklungsplanung möglich, die den demographischen Wandel und die Klimaveränderung berücksichtigt.

TOP 44 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/358neu), Bericht der Landesregierung (Drs. 17/782), geplanter Aufruf 14:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark hat sich nach Ansicht der Landesregierung in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Die jährlichen Arbeitspläne zwischen Syddanmark und Schleswig-Holstein haben danach zu einer Intensivierung des Austauschs geführt. Sie werden als notwendiges und geeignetes Instrument der Zusammenarbeit betrachtet, schaffen Kontinuität und stärken das Vertrauen auf beiden Seiten. Die Zusammenarbeit hat Modellcharakter für die verstärkte Kooperation mit ganz Dänemark, so wie von der Landesregierung geplant. Als herausgehobenes Projekt der Kooperation betrachtet die Landesregierung das Nordeuropäische Radioökologische Centrum Kiel (NRoCK), das für den Bereich der grenzüberschreitenden Gesundheitswirtschaft einen hohen Stellenwert einnimmt und auch über die Region Syddanmark hinaus für die Zusammenarbeit mit ganz Dänemark Bedeutung haben wird.

TOP 30 Aufnahme einer Länderklausel in das CCS-Gesetz, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/818), geplanter Aufruf 14:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die lange heftig geführte Diskussion über die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid (CO₂) flammt in Schleswig-Holstein erneut auf. CDU und FDP fordern in dem geplanten Bundesgesetz, das die so genannte CCS-Technik regeln soll, eine Länderklausel, die es jedem Bundesland ermöglicht, eine Speicherung von CO₂ auf seinem Gebiet zu verhindern. Auch Wirtschaftsminister Jost de Jager (CDU) hat sich in einem Radio-Interview dagegen ausgesprochen, die neue Technik gegen den Willen der Bevölkerung oder der Landesregierung durchzusetzen.

TOP 19 Die Europäische Kulturstrategie in Schleswig-Holstein umsetzen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/670), geplanter Aufruf 15:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die SPD fordert die Landesregierung auf, im Bereich Kultur intensiver mit überregionalen Partnern zusammenzuarbeiten. Insbesondere mit dem Nachbarn Dänemark und anderen norddeutschen Bundesländern sollen sich Kulturschaffende besser vernetzen können, so die Sozialdemokraten. Hier sei die Kulturstrategie der EU-Kommission ein guter Ansatz. Die 2007 vorgestellte europäische Kulturagenda nennt drei Hauptziele, die zusammen eine Kulturstrategie der europäischen Institutionen, der Mitgliedstaaten und des kulturellen und kreativen Sektors bilden sollen: „Die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs, die Förderung der Kultur als Katalysator der Kreativität im Rahmen der Lissabon-Strategie

und die Förderung der Kultur als wesentliches Element der internationalen Beziehungen der Union.“

TOP 20 Keine Entscheidung über eine materielle Privatisierung des Universitätsklinikums Lübeck vor dem 01.04.2015, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/706), geplanter Aufruf 15:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Linken wenden sich erneut gegen den von der Landesregierung geplanten Verkauf des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UK S-H). Sie verweisen auf den im Frühjahr 2008 abgeschlossenen Tarifvertrag, der eine Privatisierung der medizinischen und pflegerischen Bereiche des Klinikums bis zum 1. April 2015 ausschließt.

TOP 21 Schleswig-Holsteinische Initiativen in Archangelsk unterstützen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/729), geplanter Aufruf 16:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Seit 2000 arbeiten die Justizvollzugsverwaltungen der Oblast Archangelsk und des Landes Schleswig-Holstein zusammen. Schwerpunkte sind die Straffälligenhilfe und die Haftvermeidung bei Jugendlichen durch Sozialarbeit und alternative Sanktionen. In den vergangenen Jahren haben sich weitere Institutionen angeschlossen, etwa die Fachhochschule Kiel, das Landesförderzentrum Hören in Schleswig und der Verband für soziale Strafrechtspflege, Straffälligenhilfe und Opferhilfe.

TOP 22 Bundesweit einheitlicher Nichtraucherenschutz, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/743), geplanter Aufruf 16:55 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Nach dem bayerischen Volksentscheid für ein absolutes Rauchverbot in der Gastronomie machen sich die schleswig-holsteinischen Grünen erneut für einen bundesweit geltenden „effektiven und lückenlosen“ Nichtraucherenschutz am Arbeitsplatz stark. Jährlich sei das Passivrauchen in Deutschland für 3.300 Todesfälle verantwortlich. Die Landesregierung soll sich deshalb nach dem Willen der Oppositionsfraktion über den Bundesrat für entsprechende Änderungen im Arbeitsschutzgesetz und in der Arbeitsstättenverordnung einsetzen. Auch im Bundestag drängen SPD und Grüne auf ein bundesweit einheitliches striktes Rauchverbot in Gaststätten. Demgegenüber sieht der schleswig-holsteinische Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) keinen Handlungsbedarf aufgrund der bayerischen Entscheidung. Die Landesregelung mit ihren Ausnahmen für kleine Eckkneipen sowie für Lokale mit separaten Raucherräumen habe sich bewährt. Schleswig-Holstein hat 2007, wie alle anderen Bundesländer, ein umfassendes Rauchverbot im öffentlichen Raum beschlossen.

TOP 11 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 17/793), geplanter Aufruf 17:30 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die CDU/FDP-Landesregierung will einen neuen rechtlichen Rahmen für die Spielbanken im Lande schaffen. Die von Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag angekündigte Privatisierung der Casinos steht allerdings noch nicht an. Sie soll folgen, „wenn absehbar ist, wie sich die ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland entwickeln“. Zunächst sollen die fünf schleswig-holsteinischen Spielbanken in Travemünde, Westerland, Schenefeld (Kreis Pinneberg), Kiel und Flensburg von Abgaben entlastet werden. So soll die Spielbankabgabe, die derzeit 50 Prozent des jährlichen Bruttospielertrags beträgt, abgesenkt werden: auf 30 Prozent bei einem Jahresertrag von bis zu zehn Millionen Euro und auf 40 Prozent bei einem höheren Ertrag. Die Zusatzabgabe will das Finanzministerium von 30 auf zehn bis 15 Prozent herunterfahren. Derzeit geben die Banken 80 Prozent ihrer Bruttospielerträge an den Staat ab. Hiervon erhalten der Bund 20 Prozent, das Land 55 Prozent und die Kommune 25 Prozent.

Freitag, 10. September 2010, 10:00 bis 20:00 Uhr

TOP 1 Aktuelle Stunde zur Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, geplanter Aufruf 10:00 Uhr. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte wissen, wie sich die geplanten Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken auf die Energiepolitik in Schleswig-Holstein auswirken werden.

TOP 34 HSH Spitzelskandal aufklären – Schaden vom Land abwenden, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/822), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die SPD fordert die Landesregierung auf, sich im Aufsichtsrat der HSH Nordbank dafür einzusetzen, dass die derzeit kursierenden Spitzel-Vorwürfe gegen Vorstandsmitglieder der Bank „vollständig aufgeklärt“ werden. Die Oppositionsfraktion nennt es erneut eine „Fehlentscheidung“, dass die Landesregierung seit der Umstrukturierung der angeschlagenen Ex-Landesbank im Jahr 2009 keine Vertreter mehr in den Aufsichtsrat entsendet. Umso mehr müsse der Ministerpräsident „andere geeignete Möglichkeiten ergreifen“, um die Aufklärung der Vorwürfe voranzutreiben. Kernpunkt der Affäre ist die Entlassung des Vorstandsmitglieds Frank Roth im April des vergangenen Jahres. Nach kaum elf Monaten im Amt wurde Roth von der Bank fristlos gekündigt und angezeigt, weil er Geschäftsgeheimnisse verraten haben soll. Die Kieler Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren gegen

Roth jedoch ein, weil ihr die Vorwürfe nicht plausibel erschienen und sie keinen Beleg für ein strafbares Verhalten des Ex-Vorstandes finden konnte.

TOP 23 Unabhängige Richteruntersuchungen zur Beweiserhebung im Rahmen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/752), geplanter Aufruf 10:35, geplante Redezeit 35 Minuten

Der SSW unternimmt einen erneuten Anlauf, die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (PUA) des Landtages zu reformieren. Nach Auffassung der Oppositionsfraktion sollen nicht mehr die Abgeordneten, sondern unabhängige Richter die Beweiserhebung bei politischen Affären vornehmen. Die abschließende Bewertung der Untersuchungsergebnisse soll aber dem Parlament vorbehalten bleiben.

TOP 24 Steuerhinterzieher sind Straftäter, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/772), geplanter Aufruf 11:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Nach Auffassung der Grünen soll die Landesregierung zugreifen, wenn ihr Daten-CDs mit Informationen über mögliche Steuerhinterzieher angeboten werden: „Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat. Der Rechtsstaat muss diese Straftat konsequent verfolgen“, so die Oppositionsfraktion. Medienberichten zufolge verhandelt die Landesregierung derzeit mit einem Mittelsmann über den Kauf einer CD, die Angaben über hunderte Kunden der Liechtensteinischen Landesbank (LLB) enthalten soll. Demnach geht es um Einlagen im Wert von 500 Millionen Euro, die am Fiskus vorbei geschleust worden sein sollen. Der Ankauf solcher Daten durch den Staat ist rechtlich umstritten. Insbesondere die Liberalen haben sich mehrfach kritisch geäußert. Es sei wahrscheinlich, dass sich der Anbieter die Daten illegal beschafft habe. Bei einem Ankauf würde der Staat demnach „einen Straftäter belohnen“, wird der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki in der Presse zitiert.

TOP 25 Beratungsstellen Frau & Beruf, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/774), geplanter Aufruf 11:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Linken wehren sich gegen die geplanten Kürzungen bei den Beratungsstellen Frau & Beruf. Nach den Plänen der Landesregierung soll die Landesförderung ab dem nächsten Jahr heruntergefahren werden. Mit der neuen EU-Förderperiode ab 2014 sollen die Beratungsstellen dann gar nicht mehr finanziell vom Land unterstützt werden. Damit würde ein wichtiges Element der Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt wegfallen, monieren die Linken. Die Landesregierung attestiert den Beratungsstellen zwar eine „hervorragende Arbeit“. Auch der für Gleichstellung zuständige Justizminister Emil Schmalfuß (parteilos) hatte sich im vergangenen Jahr positiv über die Arbeit von „Frau & Beruf“ geäußert. Die Förderung stelle je-

doch eine freiwillige Leistung des Landes dar, die aufgrund der „finanziellen Zwänge“ nicht aufrechtzuerhalten sei, heißt es nun.

TOP 28 Journalistische Unabhängigkeit sicherstellen, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/807), geplanter Aufruf 12:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollen nicht nahtlos in die Politik wechseln können. Darauf drängt die SPD. Die Landesregierung soll sich demnach dafür einsetzen, eine „angemessene Frist“ für den Wechsel vom Rundfunk in die Politik in den Staatsverträgen von ARD und ZDF festzuschreiben. Die gleiche Regelung soll auch für den umgekehrten Weg gelten. Auf Bundesebene hatte zuvor die Ernennung des ehemaligen ZDF-Moderators Steffen Seibert zum Sprecher der Bundesregierung für Kritik gesorgt. Seibert tritt die Nachfolge Ulrich Wilhelm an, der wiederum im Januar 2011 Intendant des Bayrischen Rundfunks wird.

TOP 26 Rücknahme der unangemessenen Konsequenzen aus dem Lehrerstreik, Antrag der Fraktionen von B´90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE (Drs. 17/802neu), geplanter Aufruf 14:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Grüne und Linke im Landtag fordern Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) auf, die von ihm getroffenen personellen Konsequenzen aus dem Lehrerstreik vom Juni zurückzunehmen. Diese seien „unangemessen“ und „völlig überzogen“. Konkret geht es um den Beförderungsstopp für zwei verbeamtete Lehrer: einen kommissarischen Schulleiter aus Elmshorn und eine Lehrerin aus Flensburg. Beide ließen trotz Streikverbots und angekündigter Sanktionen am 3. Juni für drei Stunden den Unterricht ausfallen, um zu demonstrieren. Als Konsequenz verwehrte ihnen das Bildungsministerium jeweils die Beförderung zum Schulleiter. Die Begründung: Die Treuepflicht gegenüber dem Dienstherrn sei verletzt worden, und die Beamten seien ihrer „Vorbildfunktion“ nicht gerecht geworden. Die Treuepflicht gelte bei Lehrern mit Führungsfunktion in besonderem Maße, so das Bildungsministerium.

TOP 27 Vollständigen Grundwasserschutzes durch neue Grundwasserverordnung gewährleisten, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/805), geplanter Aufruf 14:40 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Grünen im Landtag kritisieren die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossene neue Grundwasserverordnung. Diese „würde in dieser Form nicht den Schutz des Grundwassers sicherstellen“, moniert die Oppositionsfraktion in ihrem Antrag und fordert die Landesregierung daher auf, sich bei den Beratungen des Bundesrates Ende September für eine Änderung der Novelle einzusetzen. Die Oppositionsfraktion bemängelt, dass die Schadstoffe, die aus der Landwirtschaft in das Grundwasser gelangen, in der Verordnung nicht einbezogen worden sind. Der Vorschlag der Bundesregierung widerspreche somit der EU-Grundwasserrichtlinie. Die Landesregierung solle bei den Bundesratsberatungen

dafür sorgen, dass „alle Einträge und Einleitungen von Schadstoffen ins Grundwasser – auch solche aus der Landwirtschaft“ in die Verordnung geschrieben werden.

TOP 29 Bundesratsinitiative zur Residenzpflicht, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/816), geplanter Aufruf 15:15 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Linksfraktion spricht sich dafür aus, die Residenzpflicht für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge bundesweit abzuschaffen. Die schwarz-gelbe Landesregierung soll dafür im Bundesrat die Initiative ergreifen. Die Residenzpflicht beschränkt die Bewegungsfreiheit auf das Gebiet der Stadt oder des Kreises, wo die Menschen wohnen. Eine Ausnahme ist nur mit behördlicher Genehmigung möglich. Sie gilt sowohl für Bewerber, deren Asylverfahren noch läuft, als auch für abgelehnte Asylbewerber, die aus humanitären Gründen nicht abgeschoben und in Deutschland für eine bestimmte Zeit geduldet werden.

TOP 31 Unterstützung der Berliner Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/819), geplanter Aufruf 15:50 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Sozialdemokraten und Grüne setzen sich erneut für die Rechte von Schwulen und Lesben ein. Die beiden Oppositionsfraktionen wollen, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft homosexueller Paare der Ehe gleichgestellt wird. Damit stellen sie sich auf die Seite des Landes Berlin, das bereits im Juli einen Antrag „zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts“ in den Bundesrat eingebracht hatte.

TOP 32 und 33 Abschiebehaft abschaffen und Abschiebungshaft muss auf den Prüfstand, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/820), Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/821), geplanter Aufruf 16:25 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Linke und Grüne fordern, die Abschiebehaft für Ausländer, die aus Deutschland ausgewiesen werden sollen, in der derzeitigen Form abzuschaffen. Die jetzige Praxis verstoße gegen die EU-Rückführungsrichtlinie, heißt es zur Begründung. Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis seien keine Straftäter und dürften auch nicht als solche behandelt werden. Und: Die Inhaftierung in einem Abschiebegefängnis werde seitens der Gerichte häufig ohne Not angeordnet. Insbesondere für Kinder und Jugendliche, Schwangere, Ältere, Behinderte oder für traumatisierte Flüchtlinge stelle die Haft eine unzumutbare Belastung dar. Die Landesregierung soll sich nach Willen der beiden Oppositionsfraktionen per Bundesratsinitiative für entsprechende Gesetzesänderungen einsetzen und bei den Behörden im Lande für eine zügige Lockerung der Vorgaben sorgen.

TOP 35 Arbeitslosengeld bei Schwangeren, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/824), geplanter Aufruf 17:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die schwarz-gelbe Koalition will arbeitslose Schwangere besser schützen. Sie appelliert an die Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, werdenden Müttern auch dann Arbeitslosengeld zu zahlen, wenn ihnen aufgrund einer Risikoschwangerschaft der Arzt ein Beschäftigungsverbot erteilt. Die Landesregierung soll zudem prüfen, ob es bei dieser Frage Gesetzeslücken gibt.

TOP 36 Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln, Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW (Drs. 17/827), geplanter Aufruf 17:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Grüne, Linke und SSW sprechen sich erneut dafür aus, die Landeszentrale für politische Bildung aus der Staatskanzlei herauszulösen und an den Landtag anzugliedern. Der Landtag habe „in den letzten Jahren seine Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und dadurch Ansatzpunkte für eine Kooperation mit der Landeszentrale geschaffen“, heißt es zur Begründung. Die Oppositionsfraktionen erhoffen sich eine „inhaltliche Vernetzung“ der verschiedenen Angebote sowie „Synergieeffekte“.

TOP 42 Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2009/2010, Bericht der Landesregierung (Drs. 17/643), geplanter Aufruf 18:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Alle zwei Jahre legt die Landesregierung dem Parlament ihren Ostseebericht vor. Darin gibt sie Auskunft über die Schwerpunkte ihrer Aktivitäten im Ostseeraum. Der diesjährige Bericht dient dem Landtag auch als Informationsquelle im Hinblick auf die Ostseeparlamentarierkonferenz Ende August in Mariehamn auf den finnischen Åland-Inseln. Laut Papier der Landesregierung ist es die „dringendste ostseepolitische Aufgabe“, den schlechten ökologischen Zustand des Binnenmeeres zu verbessern. Die Verschmutzung sei eine „ernsthafte Bedrohung für die Volkswirtschaften und den Wohlstand der Region“. Bis 2015 soll die Ostsee zum „saubersten und sichersten Meer Europas“ werden. Dafür steht auch das Projekt Saubere Ostseeschifffahrt („Clean Baltic Shipping“).

TOP 43 Lage der Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein, der Fraktionen des SSW, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (Drs. 17/495), Bericht der Landesregierung (Drs. 17/668), geplanter Aufruf 18:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Auf Antrag von SSW, Grünen und Linken berichtet die Landesregierung über die geplante Neustrukturierung der Justizvollzugsanstalten (JVA) im Lande. Nach Plänen aus dem Justizministerium sollen die kleineren Gefängnisse in Flensburg, Itzehoe und Rendsburg geschlossen werden. Die Gefangenen sollen demzufolge nach Kiel, Lübeck und Neumünster verlegt werden. Für Flensburg ist das Aus für 2013 geplant. Itzehoe und das Abschiebegefängnis Rendsburg sollen 2020 folgen. Als

Begründung wird darauf verwiesen, dass große JVA wirtschaftlicher arbeiteten. Zudem seien in Flensburg in den nächsten Jahren Investitionen in Höhe von zehn Millionen Euro nötig, die bei einer Schließung eingespart werden könnten. In Itzehoe wären es drei Millionen, in Rendsburg bis zu zwei. Durch die Stilllegung der Standorte sollen innerhalb der nächsten zehn Jahre 24 der landesweit 887 Stellen im Justizvollzug abgebaut werden.

TOP 45 UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/383neu), Bericht der Landesregierung (Drs. 17/784), geplanter Aufruf 19:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Beim gemeinsamen Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderung steht Schleswig-Holstein an der Spitze: Über 40 Prozent der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf gehen auf Regelschulen. Damit liegt der Norden auf Platz 1 des bundesweiten Ländervergleichs. Der gemeinsame Schulunterricht von Kindern mit und ohne Behinderung ist ein Ziel der Ende 2006 verabschiedeten UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung, über deren Umsetzung die Landesregierung auf Initiative der Grünen nun berichtet. Die UN-Konvention ist seit März 2009 auch in Deutschland verbindlich.

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *plenum-online*. Die September-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des Dienstag, 7. September 2010, ab ca. 16:00 Uhr ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Der Sender Kiel TV (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen und per Live-Stream im Internet unter www.okkiel.de.

Reihenfolge der Beratung der 10. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**. Sofern zu den Redaktionsschlusssterminen einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde Anträge gestellt werden, erfolgt eine Anpassung der Reihenfolge der Beratung.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 8. September 2010			
4	Gesetzentwurf über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer	280 insgesamt	10:00
6	Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012		
7	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012		
41	Antrag zu „Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern“		
48	Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2010 bis 2014 Drucksache 17/803		
Unterbrechung von 13:00 Uhr bis 14:00 Uhr vorgesehen			
Fortsetzung der Haushaltsberatung			
8 und 38	Gesetzentwurf zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und Rundfunkgebühren-Staatsvertrag	35	15:40
13	Erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zum Bilgenentwässerungsverband-Staatsvertrag – Eine Aussprache ist nicht vorgesehen	0	16:15
12	Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes	35	16:15
14 und 51	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ladenöffnungszeitengesetzes und Bericht zur Bäderverordnung	35	16:50
15	Das Archivwesen in Schleswig-Holstein	35	17:25
Donnerstag, 9. September 2010			
36 A	Landeswahlgesetz*	35	10:00
46	Fünf Jahre Hartz IV - eine Bilanz für Schleswig-Holstein	35	10:35
16	Die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein unterstützen	35	11:10
17	Auslandseinsätze der Bundeswehr	35	11:45
18	Landesentwicklungsplan	35	12:20
44	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark	35	14:00
30	Aufnahme einer Länderklausel in das CCS-Gesetz	35	14:35
19	Die Europäische Kulturstrategie in Schleswig-Holstein umsetzen	35	15:10
20	Keine Entscheidung über eine materielle Privatisierung des Universitätsklinikums Lübeck vor dem 01.04.2015	35	15:45
21	Schleswig-Holsteinische Initiativen in Archangelsk unterstützen	35	16:20
22	Bundesweit einheitlicher Nichtrauchererschutz	35	16:55
11	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes	35	17:30
Freitag, 10. September 2010			
34	HSH Spitzelskandal aufklären – Schaden vom Land abwenden	35	10:00
23	Unabhängige Richteruntersuchungen zur Beweiserhebung im Rahmen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse	35	10:35
24	Steuerhinterzieher sind Straftäter	35	11:10

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
25	Beratungsstellen Frau & Beruf	35	11:45
28	Journalistische Unabhängigkeit sicherstellen	35	12:20
26	Rücknahme der unangemessenen Konsequenzen aus dem Lehrerstreik	35	14:00
13	Zweite Lesung des Gesetzentwurfes zum Bilgenentwässerungsverband-Staatsvertrag – Eine Aussprache ist nicht vorgesehen	5	14:35
27	Vollständigen Grundwasserschutzes durch neue Grundwasserverordnung gewährleisten	35	14:40
29	Bundesratsinitiative zur Residenzpflicht	35	15:15
31	Unterstützung der Berliner Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts	35	15:50
32 und 33	Abschiebehaf abschaffen und Abschiebungshaft muss auf den Prüfstand	35	16:25
35	Arbeitslosengeld bei Schwangeren	35	17:00
36	Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln	35	17:35
42	Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2009/2010	35	18:10
43	Lage der Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein	35	18:45
45	UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung	35	19:20

*** zu TOP 36A: Einreihung und Aufrufe des Tagesordnungspunktes unter dem Vorbehalt, dass die Dringlichkeit des Antrages Drucksache 17/830 bejaht wird**

Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 17/838):

TOP	
2	Abkommen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über das auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Glasmoor anzuwendende Recht
9	Entwurf eines Geodateninfrastrukturgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (GDIG)
10	Einführung eines Hinterlegungsgesetzes und Änderung des Landesjustizverwaltungskostengesetzes
39	Unterstützung der Kulturhauptstadt Sønderborg
40	Geeignete Sammelsysteme für nicht verwendete oder abgelaufene Arzneimittel bereitstellen
47	Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2009
50	Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
52	Geschäftsbericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein für das Jahr 2009

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

3	Gesetzentwurf zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011
5	Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes – Stärkung der Freien Schulen
49	Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung – Beratung wird für die November-Tagung vorgesehen -

Der Antrag zu folgendem Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen:

37	Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
----	---